

Presseinformation

Mannheim, 15. August 2022

GBP-Monitor August: Mehr als die Hälfte der Unternehmen erhielt Corona-Hilfen, Krisenunternehmen fordern jetzt weitere Staatshilfen

Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs haben die Unternehmen in Deutschland weiterhin fest im Griff. Das zeigt der August-Bericht des German Business Panel (GBP) an der Universität Mannheim: Die Gewinnerwartungen der Unternehmen fallen im Juli auf einen neuen Tiefststand, auch die Investitionen werden weiterhin stark zurückgefahren. Forderungen nach neuen Hilfsmaßnahmen werden daher wieder lauter. Insbesondere die Corona-Krisenbranchen sind auf weitere staatliche Hilfen angewiesen. Lehren aus der Corona-Hilfe können bei der Ausgestaltung effektiver Maßnahmen unterstützen.

Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs nehmen die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der Unternehmen in Deutschland eine negative Entwicklung. Investitionen und Gewinne haben im Juli einen neuen Tiefststand erreicht. Während Unternehmen kurz vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs noch mit steigenden Gewinnen (+3,4 Prozent) rechneten, erwarten sie im Juli einen deutlichen Gewinnrückgang (-9,8 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Einzig die Umsätze halten sich derzeit noch in der Wachstumszone. „Die große Differenz zwischen der Umsatz- und Gewinnveränderung zeigt, dass die betriebswirtschaftliche Situation weiterhin durch einen starken Kostendruck belastet wird – hervorgerufen nicht zuletzt durch die steigenden Energiekosten“, so Davud Rostam-Afschar, akademischer Leiter des GBP.

Corona-Krisenbranchen weiterhin auf staatliche Unterstützung angewiesen

Lauter werden damit auch die Rufe nach neuen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen. Ein erstes Hilfsprogramm für energie-intensive Industrien wurde bereits eingeleitet. Doch können diese Maßnahmen wirklich helfen? Wie sieht ein wirksames Maßnahmenpaket aus? „Um die Ausgestaltung und Effektivität solcher und potenziell folgender Maßnahmen zu bewerten, eignet sich ein Rückblick auf die Hilfsprogramme der Corona-Krise, von denen die Überbrückungshilfe zum 15. Juni ausgelaufen ist. Welche Maßnahmen wurden gut angenommen? Wie haben die einzelnen Branchen auf die Maßnahmen reagiert?“, erklärt Jannis Bischof, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der

Universität Mannheim.

Im aktuellen GBP-Monitor haben die Forschenden eine solche Rückschau erstellt. Darin zeigt sich: Nicht für alle Unternehmen und Branchen waren die Corona-Hilfen ausreichend. Das gilt insbesondere für Unternehmen, die von Ladenschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns im November und Dezember 2020 betroffen waren – wie das Gastgewerbe. Zwar erhielten 98 Prozent aller Unternehmen aus dieser Branche eine der Corona-Hilfen, jedoch bewerteten sie die Staatshilfen auch überdurchschnittlich häufig als unzureichend. Auch aktuell besteht bei Unternehmen (44 Prozent) aus Corona-Krisenbranchen ein höherer und wieder steigender Bedarf an finanzieller Hilfe. „Offensichtlich reichen die eigenen Reserven nicht mehr, um die gestiegenen Energiepreise und den allgemeinen Kostendruck tragen zu können“, so Rostam-Afschar.

Unzureichende Hilfsmaßnahmen haben realwirtschaftliche Auswirkungen

„Wenn staatliche Hilfsprogramme nicht zielgenau ausgestaltet sind, hat das wiederum reale betriebswirtschaftliche Konsequenzen“, erklärt Bischof. So planen, laut GBP-Monitor, Unternehmen, die die Notwendigkeit zusätzlicher Staatshilfen bekunden, eher, Investitionen in Forschung und Entwicklung zu kürzen sowie Fixkosten zu reduzieren. Durch eine Drosselung von Investitionen und den Abbau von Arbeitsplätzen treffen Unternehmen somit vermehrt Entscheidungen zugunsten der unmittelbaren Liquiditätssicherung, aber zu Lasten ihrer Zukunft. „Dies sollte man unbedingt bei den Überlegungen zu möglichen weiteren Hilfsprogrammen im Zuge des Russland-Ukraine-Kriegs bedenken“, so Bischof weiter.

Unternehmen, die weiterer Hilfen bedürfen, sind mit der Wirtschafts- und Corona-Politik zudem deutlich unzufriedener als Unternehmen, die keine weitere Unterstützung benötigen. Demgegenüber kann eine bedarfsgerechte Gestaltung der Hilfsprogramme sogar zu gesteigerter Zufriedenheit führen: Unternehmen, die Staatshilfe erhalten haben und diese für ausreichend halten, bewerten die Wirtschafts- und Corona-Politik sogar positiver als solche, die gar keine Hilfe benötigt haben.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im August 2022“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/08/gbp_monitor_2022_08.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet. In diesem Monat haben wir den Unternehmen unter anderem die folgende Frage gestellt: **Welche Belastungen erwarten Entscheidungsträger der Unternehmen im Zuge des Russland-Ukraine-Kriegs? Expecten Sie, dass die staatlichen Mittel oder Maßnahmen ausreichen, damit Ihr Unternehmen die Corona-Krise übersteht? Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaftspolitik in Deutschland?**

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de).

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Katja Bauer
Stv. Pressesprecherin
Universität Mannheim
E-Mail: bauer@verwaltung.uni-mannheim.de